

Rede von Oberbürgermeister Andreas Hesky zur Einbringung des Haushaltsplans 2022 in der Sitzung des Gemeinderats am 21. Oktober 2021

Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,
Frau Kollegin Dürr, Herr Kollege Schienmann,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

„jedes Jahr ist die Haushaltsplaneinbringung etwas Besonderes“, das waren meine Eingangsworte im vergangenen Jahr. Und sie gelten auch für dieses. Aus persönlicher Sicht sogar heuer noch mehr.

Es wird der letzte Haushaltsplanentwurf sein, den ich als Waiblinger OB einbringe und mitverantwortete. Ich bin mir darüber im Klaren, dass die Umsetzung nur für rund zweieinhalb Monate in meinen Händen liegt. Dennoch gilt das Planwerk natürlich komplett für das nächste Jahr. So war es auch bei meinem Anfang im Jahr 2006. Es gab einen Haushaltsplan, und darüber war ich froh.

Als „Neuer“ konnte ich auf Bestehendem aufbauen, und die Realisierung der im Haushalt veranschlagten Projekte bot genügend Gestaltungsmöglichkeiten, um eigene Akzente setzen zu können. Gerade in einer Stadt wie Waiblingen, deren Haushalt nicht den Grundsätzen des Küchenmeisters namens Schmalhans gehorchen muss.

Damit will ich nicht sagen, dass wir im Geld schwimmen. Das tun wir nicht. Aber die wirtschaftliche Lage unserer Stadt ist zufriedenstellend, auch in solchen Krisenzeiten. Und das will etwas heißen. Betrachten wir das nicht als Selbstverständlichkeit. Das könnte leicht den Blick dafür trüben, *warum* es uns gut geht.

Unsere Haupteinnahmequelle ist die Gewerbesteuer. Sie sprudelte im vergangenen Jahr - wenn man sie mit den früheren Jahren vergleicht - etwas verhalten. Dennoch war sie bei weitem nicht auf dem niedrigsten Stand, ganz im Gegenteil. Und es ist immer eine Frage des Blickwinkels und dessen, woran man sich gewöhnt hat.

Wir haben uns an hohe Gewerbesteuereinnahmen gewöhnt. Wir haben diese Einnahmen in den zurückliegenden Jahren dazu genutzt, um gemeinsam die Infrastruktur zu erhalten und auszubauen. Wir haben daher keinen größeren Sanierungsstau in unseren öffentlichen Einrichtungen, Schulen, Kindergärten oder Sportanlagen. Wir haben die Infrastruktur geschaffen, die für notwendig erachtet wurde. Manchmal ging es eher nicht schnell genug, wenn ich an Kindergärten oder Sporthallen denke.

Wenn ich den Blick zurück werfe, was Sie mir bei diesem Anlass bitte gestatten, dann erinnere ich mich daran, dass wir gemeinsam 2006 mit der Verabschiedung

des STEP 2020 gestartet sind. Von den Sporthallen, die wir uns damals vornahmen, neu zu bauen oder zu sanieren, ist das allermeiste umgesetzt. Zu den wenigen Projekten die noch auf der kurzen To-Do-Liste stehen, gehört die Behnisch-Halle des Salier Schulzentrums. Aber im Haushaltsplanentwurf 2022 finden Sie dazu Ansätze, damit auch diese Halle entweder saniert oder durch einen Neubau ersetzt wird. Klar ist aber auch, wenn die Sanierungen durch sind, wird man wieder von vorn anfangen können, was für alle Gebäude gilt.

Es kamen sogar noch Hallenneubauten und Sanierungen dazu, von denen wir damals, 2006, noch nichts wussten. Denken Sie an den Anbau und die Sanierung der Gemeindehalle Bittenfeld.

Nicht zu vergessen, dass es gelungen ist, im Einvernehmen mit den Vereinen, unsere Rundsporthalle zu sanieren. Es war gut, dass wir uns so entschieden haben. Unsere Talau ist auch durch die Architektur der Rundsporthalle ein harmonischer Ort mit hoher Qualität.

Ich erwähne den Sportbereich nur beispielhaft. Er steht exemplarisch für unser gemeinsames Handeln zum Ausbau und zur Sicherung der Infrastruktur, die unsere Stadt auszeichnet. Beim Bericht zum STEP, später auf der Tagesordnung, wird dies auch nochmals deutlich.

Gleichwohl wurden die hohen Investitionen der vergangenen Jahre nicht „auf Pump“ geschultert, sondern aus eigener Kraft finanziert. Dass dies gelingen wird, war nicht von vornherein klar. Die jährlich im Haushalt eingestellte mögliche Kreditaufnahme war eine mahnende Zahl - für Gemeinderat und Verwaltung gleichermaßen, um nicht ob des Bestrebens, möglichst alle Wünsche zu erfüllen und den Standard noch etwas höher zu schrauben, in Dimensionen vorzudringen, die möglicherweise ungesund wären.

Wir sind in einer Stadt, in der es kein Hauen und Stechen um jede Investition gibt, die in den Haushaltsplan kommen soll. Wenn wir über Projekte diskutieren, dann zumeist über das „Wie“, aber in aller Regel nicht über das „Ob“, im Sinne von „können wir uns das leisten?“. Solche Projekte wurden allerdings auch weder vom Gemeinderat noch von mir vorgeschlagen. Wir waren nie aushäusig.

Nochmals, wir sind nicht auf Rosen gebettet, vielleicht auf Nelken, um eine Anleihe aus der Stadtgeschichte zu wählen. Dennoch mussten wir, selbst in Zeiten von wirtschaftlicher Not, keine Einrichtungen schließen oder die Infrastruktur zurückbauen.

Das birgt die Versuchung, dass der Wunsch nach immer umfangreicherer Aufgabenerfüllung - der auch vor dem Gemeinderat nicht Halt macht - in Bereiche vordringt, die möglicherweise nicht mehr erfüllbar sind. Das könnte auch als Signal verstanden werden, das darüber hinwegtäuscht, dass die Stadt nicht die Alma Mater ist, sondern ein Gemeinwesen, das auch auf den Einsatz der Bürgerschaft angewiesen ist.

„Nichts ist unmöglich“ gibt es nur in der Werbung. Der Grundsatz, den wir bei der Klausurtagung 2008 gemeinsam entwickelten, „alles ist möglich, aber nicht alles sofort und nicht alles gleichzeitig“, und alles mit Maß und Mitte, das trifft die Realität ziemlich genau.

Bisher haben wir so gehandelt. Haben auch darauf geachtet, dass die Belastungen für die Bürgerschaft sich nicht nur in Grenzen hielten und halten, sondern wir im interkommunalen Vergleich bei Steuern und Gebühren oft das Schlusslicht sind, was uns ansonsten nicht so gefällt und auch nicht zutrifft.

Aber es muss allen klar sein, dass die Vielzahl von Einrichtungen, die wir schaffen, um Wartelisten zu vermeiden, um „Kurze Beine und Kurze Wege“ umzusetzen, oder wenn es darum geht, die Dienstleistungen noch ein bisschen mehr auszubauen, dass das alles bezahlt werden muss. Man kann auch sagen: Musik kostet Geld.

Das kumulierte Volumen der Vermögenshaushalte seit 2006 umfasst bis Ende diesen Jahres rund 461 Mio. €. Trotz dieser enormen Investitionssumme konnten wir gemeinsam Wort halten, das wir im Zuge der Banken-, Finanz- und Wirtschaftskrise gaben. Nämlich die Zusage, die Schulden, die wir damals aufnahmen, um die Einnahmeausfälle auszugleichen - damit nicht die Lichter in Waiblingen ausgehen -, auch wieder in angemessenem Zeitraum zurückzuzahlen.

Das haben wir gemeinsam hinbekommen. An den höchsten Schuldenstand von 47 Mio. € in 2009 sei erinnert. Die Rückzahlung erfolgte in klingender Münze und nicht, wie anderenorts, durch Gründung des Eigenbetriebs Stadtentwässerung. Wir gründeten ihn zwar auch, aber entschuldeten uns im Gegensatz zu anderen Kommunen nicht, sondern ordneten die Kredite dem durch sie finanzierten Vermögen zu und der Tilgungsart - Steuertilgung oder Gebährentilgung. Damit haben wir im Vorgriff auf die Doppik bereits 2010 eine hohe Transparenz geschaffen sowie Äpfel und Birnen sauber getrennt.

Heute liegt die Verschuldung im kameralen Haushalt bei rund 6,4 Mio. € und ist im Vergleich zu anderen Städten „weit unten“. Im vorliegenden Haushaltsplanentwurf sind mögliche neue Schulden ausgewiesen, in geringerer Höhe als im Vorjahr. Ob es auch im nächsten Jahr zu keiner Neuaufnahme von Krediten kommen wird, hängt maßgeblich vom Gewerbesteueraufkommen ab.

In diesem Jahr hatten wir mit 45 Mio. € Gewerbesteuer gerechnet. Aktuell stehen wir bei rund 62,5 Mio. €, ein Allzeithoch, aus eigener Kraft. Damit konnte niemand rechnen. Mit den im Haushaltsplan für das nächste Jahr eingestellten 55 Mio. € darf man aber rechnen, weil dies ein Ansatz ist, der Einmaleffekte des laufenden Jahres außen vor lässt und gleichzeitig widerspiegelt, dass sich die Wirtschaft weiterhin erholt und leicht wächst.

Darauf müssen wir auch weiter setzen. Auf Wachstum, gesundes Wachstum. Da gehöre ich zur alten Schule und bin davon überzeugt, dass Wachstum nötig ist, wirtschaftlich und auch psychologisch. Der Satz: „Wer aufhört, besser sein zu wollen, hat aufgehört, gut zu sein“, gilt in allen Bereichen.

Wachstum ist ein Ausdruck von im Wettbewerb bestehen, vom Streben nach Verbesserung, vom Wunsch, nicht zurück zu fallen, im Vergleich zu anderen. Für mich ist Wachstum auch eine Frage des teilen Könnens und damit ein Grundpfeiler für Sozialpolitik und nachhaltige Politik. Der Leitspruch eines sozialen Wohnungsunternehmens „sozial zu sein, muss man sich leisten können“, macht deutlich, dass man seinem Nächsten nichts geben kann, wenn man selbst nichts hat.

Wachstum und die Herausforderungen des Klimaschutzes sind für mich auch kein Widerspruch, sondern gehen Hand in Hand. Der Klimaschutz, der sorgsame Umgang mit endlichen Ressourcen und letztlich die Bewahrung der Schöpfung sind mir Herzensanliegen. Ich bin hundertprozentig davon überzeugt, dass unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft wissen, dass es notwendig ist, die Umweltbelastung zu reduzieren, um unsere Klimaziele zu erreichen, damit Menschen auch weiterhin gesund auf unserem Planeten leben können.

Ich gehöre auch nicht zu denjenigen, die sagen, warum sollte Waiblingen oder gar jeder Einzelne etwas tun, weil mein Anteil ist doch sowieso viel zu klein, wir können doch eh als einzelner, als Stadt oder selbst als Land gar nichts bewirken, angesichts der weltweiten Dimensionen.

Da bin ich völlig anderer Meinung. Es kommt auf jede und jeden einzelnen an. Das bedeutet aber auch, dass sich keiner wegducken kann und nur sagt: Soll mal schön mein Nachbar machen. Die Diskussion über Windräder hat gezeigt, wie leicht argumentiert wird, dass man auch für regenerative Energie ist, es aber viel besser sei, wenn sie nicht vor der eigenen Haustür erzeugt werde.

Ich freue mich, dass das Drehfunkfeuer Affalterbach im Jahr 2023 abgeschaltet werden soll. Das dürfte neuen Schwung in die Diskussion um Windräder auf der Buocher Höhe bringen.

Einen Beitrag für den Klimaschutz und für innovative Technologie soll auch unser Wasserstoffprojekt leisten. Mit der neuen Kehrmaschine sind wir Vorbild. Nun gilt es, ein Grundstück für die Tankstelle und den Elektrolyseur zur Erzeugung von Grünem Wasserstoff zu finden. Das ist gar nicht so einfach, aber es wird mit Hochdruck daran gearbeitet. Der notwendige Solarstrom wird auf den Hallendächern des Technologie- und Zukunftsparks Hess bereits erzeugt.

Besonders freut es mich, dass uns das Land weitere 750.000 € für unseren geplanten autonomen Bus beisteuert. Mit solchen kleinräumigen autonomen Buslinien, die sonst nicht darstellbar wären, kann der ÖPNV ausgebaut und ein wichtiger Beitrag zur Verkehrswende geleistet werden.

Und auch scheinbar kleine Beiträge zu mehr Klimaschutz und zu einer Nutzung umweltfreundlicher Verkehrsmittel finden sich im Planentwurf. So sind Mittel für Fahrradabstellanlagen an den Schulen eingestellt, damit die Lehrerschaft die Möglichkeit hat, auch mit eBikes zum Dienst zu kommen.

Den Wunsch der Lehrerinnen und Lehrer sollten wir gerne erfüllen. Auch das erfolgreiche Dienstradprogramm für unsere eigene Belegschaft soll fortgesetzt werden. Ein Ansatz von 50.000 €, das entspricht der Förderung für 25 weitere Räder, wird über die Änderungsliste eingestellt.

Denn es kommt auf jeden Baustein an, auch auf Waiblingen, auf Deutschland und Europa, wenn wir die globalen Herausforderungen meistern und das Klimaziel der maximal 1,5° Erwärmung halten wollen. Gerade den reichen Industrienationen muss es gelingen, die Wirtschaft so umzubauen, damit diese nachhaltig produzieren kann.

Leider wird derzeit oft das Wort „nachhaltig“ verwendet und vielfach nur mit „klima-neutral“ oder „umweltfreundlich“ gleichgesetzt. Das ist aber nur ein Teil der Wahrheit und greift viel zu kurz. Nachhaltig umfasst neben der Ökologie auch die Aspekte „Ökonomie“ und „Sozial“. Alle drei müssen im Gleichklang stehen. Wird eines überbetont, leiden die anderen.

Daher sage ich es wie ein Mantra: Behalten wir im Blick, wem wir unsere Lebensqualität und unseren Wohlstand zu verdanken haben. Es ist vor allem die Wirtschaft, es ist jedes Unternehmen, vom Ein-Mann-Betrieb über den familiengeführten Mittelstand bis zum Konzern. Auch hier kommt es auf jeden an, auf jeden Arbeitsplatz.

Unsere Betriebe stehen vor enormen Herausforderungen: Die Produktion umstellen, auf klimafreundlich, am besten CO₂-neutral, und gleichzeitig neue Produkte oder Dienstleistungen entwickeln und auf den Markt bringen, die ebenso klimafreundlich sind, die der Markt möchte und mit denen man Gewinne erwirtschaften kann. Und zwar Gewinne, wie heute, denn nur dann fließen die Gewerbe- und die Einkommenssteuer in dem Maß, wie wir sie brauchen, um unsere Infrastruktur zu erhalten.

Wenn die Einnahmen wegbrechen würden, wäre es nicht mehr möglich, darüber nachzudenken, wo ein neuer Kindergarten gebaut wird, ob es eine oder gleich mehrere Interimskitas geben soll, ob die Kita-Gebühren bei 10 % Deckungsgrad bleiben sollen, ob es günstige Eintrittspreise ins Bürgerzentrum geben soll, gepflegte Sportstätten und eine gute Vereinsförderung, um nur ein paar Beispiele zu nennen.

Wir sind in Waiblingen so weit, dass wir an unseren Grundschulen den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung, um den der Bund mit den Ländern und die Länder mit den Kommunen streiten, an allen Grundschulen bereits umsetzen können. Das wäre nicht so leicht möglich ohne gesicherte auskömmliche Einnahmen.

Die Fragen, was die Unternehmen brauchen, sollte uns alle beschäftigen. Welche Rahmenbedingungen können wir schaffen, damit der Wirtschaftsstandort Waiblingen weiterhin ein Ort ist, an dem erfolgreich und den Wettbewerb meisternd gearbeitet

werden kann und von dem Innovationen ausgehen, die unsere Stadt zu einem nachhaltigen Standort machen.

Wer sich aktuell mit Verantwortlichen von Betrieben unterhält, hört vielfach, dass die Auftragsbücher zwar voll sind und die Beschäftigung bis weit ins nächste Jahr gesichert ist. Aber ob die Aufträge abgearbeitet werden können, das treibt so manchem Geschäftsführer oder Vorstandsmitglied Schweißperlen auf die Stirn, da vor allem eines fehlt: „Die Fachfrau oder der Fachmann“.

Sätze wie „wir haben 8 % offene Stellen und wollen noch weitere Arbeitsplätze schaffen, um unsere Entwicklung voranzubringen, aber wir wissen nicht, ob wir die Stellen besetzen können“, sind Alarmsignale, die uns aufhorchen lassen müssen.

Denn es fehlen die Arbeitskräfte gerade auch für neue Entwicklungen, welche das nachhaltige Wirtschaften sicherstellen sollen.

Wenn sich Unternehmer fragen sollten, wo sie Arbeitskräfte eher finden, dann könnte es gefährlich werden. Das können wir doch nicht wollen.

Daher bin ich in Sorge, wenn es heißt, dass keine neuen Gewerbeflächen mehr ausgewiesen werden sollen und auch keine neuen Flächen für Wohngebiete. Wenn wir uns dafür entscheiden würden, wäre das aus meiner Sicht der Weg in den Stillstand und letztlich in den Abbau, auch an Leistungen für die Bürgerschaft.

Niemand verfügt unüberlegt über freie Landschaft und Natur. Eingriffe werden ausgeglichen, Untersuchungen werden angestellt, um zu erkennen, wie sich lokale Projekte auswirken. Das haben wir übrigens schon bisher gemacht. Kaltluftschneisen sind keine Erkenntnis der Gegenwart. Ich kenne sie seit meinen ersten Tagen als Schultes - heute sind es 29 Jahre und 1 Tag -, und jeder Verwaltung, die ich kenne, waren sie schon immer wichtig, auch unserer.

Natürlich, manches wird vertieft, präzisiert, man lernt dazu, neue Aspekte werden erkannt, aber deswegen den Eindruck zu erwecken, wie es manche tun, dass „man alles in der Vergangenheit falsch gemacht hat“, das ist schlichtweg falsch.

Jede Generation trifft auf Grundlage des aktuellen Wissens ihre Entscheidungen. Und auch über unsere Entscheidungen wird man später urteilen, selbst über „gut gemeinte“. Ein Stadtrat hat einmal gesagt, dass keinem Mitglied des Gemeinderats abgesprochen werden darf, das Beste für Waiblingen zu wollen, auch dann nicht, wenn er anderer Meinung ist.

Das stimmt. Es gilt für alle Mitglieder des Gremiums und deren Ansichten. Daher muss es weiterhin einen Wettstreit der Meinungen geben, die sich aneinander reiben, um den richtigen Weg heraus zu sintern, der dann beschränkt wird.

Um die Meinungsbildung und Entscheidungsfindung auf noch breitere Füße zu stellen, wurde die Richtlinie für die informelle Bürgerbeteiligung entwickelt. Die bisherigen Prozesse haben gezeigt, dass weitere Ideen eingebracht werden und die interessierte Bevölkerung sich intensiver in die Themen einarbeiten kann. Klar ist aber auch, dass wir dadurch kein repräsentatives Meinungsbild erhalten und niemand einen Anspruch darauf hat, dass genau seine vorgeschlagene Lösung umgesetzt wird.

Der Gemeinderat ist und bleibt das oberste Organ. Wir bleiben in der gemeinsamen Verantwortung. Und die Bürgerbeteiligungsprozesse zeigen auch, dass es keinen Königsweg gibt, denn auch die Bürgerschaft ist so bunt wie der Gemeinderat. Bei der Einführung der Richtlinien war uns bewusst, dass es auch zu Bürgerbeteiligungsprozessen kommen kann, welche Projekte verzögern oder gefährden können, die einzelnen, vielleicht sogar einer Mehrheit im Gremium, am Herzen liegen.

Eine Erkenntnis, die auch der Ministerpräsident vor Kurzem gewann, als er spürte, dass in Baden-Württemberg Projekte, hinter denen auch die Landesregierung steht, von der Bürgerschaft gekippt werden. Solange es möglich ist, Menschen leichter dafür zu gewinnen, etwas *nicht* zu machen, wird sich dies vermutlich nicht ändern.

Dies ist kein Plädoyer gegen Bürgerbeteiligung. Ganz im Gegenteil. Wir haben in Waiblingen durchweg gute Erfahrungen gemacht, denken Sie an die Umgestaltung der Neustädter Straße oder auch an die Nutzung der Karolingerschule, um zwei „Schwergewichte“ zu nennen, die lange vor Erlass der Richtlinien erfolgreich umgesetzt wurden.

Mit dem Bürgerbeteiligungsprozess für ein mögliches Neubaugebiet „Söhrenberg“ wird sich zeigen, ob es gelingen kann, einen Weg zu finden, der das Spektrum der Meinungen abdeckt - das, so viel sei verraten, von „Waiblingen braucht kein neues Baugebiet“ bis hin zu „Waiblingen braucht rasch ein neues Baugebiet“ reicht. Im November wird das Ergebnis der Bürgerbeteiligung in der Gemeinderatssitzung vorgestellt. Was wir daraus machen, wird sich weisen. Ein Vorschlag wird gemacht werden.

So habe ich immer mein Amt verstanden. Dem Gemeinderat einen Vorschlag unterbreiten. Den Beschlussvorschlag „Antrag wird nach Beratung gestellt“, habe ich immer abgelehnt, weil ich es als Aufgabe der Verwaltung betrachte, dem Ehrenamt aufzuzeigen, wie Aufgaben gelöst oder Herausforderungen gemeistert werden können. Dabei war mir immer bewusst, dass mein Vorschlag nicht der allein glückseligmachende sein muss. Wir sind schließlich in einer Demokratie, und andere Meinungen, Aspekte und Hinweise sind wichtig. So ist es uns gemeinsam gelungen, manches noch besser hinzubekommen.

Der Haushaltsplanentwurf 2022 ist ebenso ein Vorschlag, was im nächsten Jahr angegangen werden sollte. Welche Mittel für welche Aufgaben, Projekte, Maßnahmen, Personal... eingesetzt werden sollen, um Waiblingen auf Kurs zu halten.

Im Rahmen eines Interviews wurde ich vor Kurzem gefragt, ob ich denn die verbleibenden Monate nun nutze, um noch wichtige Projekte anzugehen, die mir am Herzen liegen. Diese Frage habe ich mit einem klaren „Jein“ beantwortet.

„Ja“, wichtige Projekte werden angegangen. Es kann schließlich nicht sein, dass die Kreisstadt in eine Phase des Kommas verfällt oder die Stadtentwicklung zum Stillstand kommt.

Und, „Nein“, es wurden keine Lieblingsprojekte des OBs im Haushaltsplan eingestellt, die schnell aus dem Hut gezaubert wurden.

Bei der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs 2022 war mir wichtig, dass vor allem Begonnenes fortgesetzt wird. Wir müssen darauf achten, dass die vielen Projekte, an denen wir arbeiten, auch konzentriert umgesetzt und abgeschlossen werden. Neues muss sich daher immer auch danach richten, dass neben den Finanzen auch Personal vorhanden ist, um alles in der von uns erwarteten Qualität bewältigen zu können.

Diese Vorgaben haben bei den Besprechungen zur Investitionsliste dazu geführt, dass manches Wünschenswerte verschoben wurde, damit das „unbedingt Erforderliche“ im Haushaltsplan 2022 Platz findet. Es hat keinen Sinn, den Plan mit Projekten zu füllen, zu denen man dann doch nicht kommt.

Ich bin nach wie vor nicht für einen „Investitionsdeckel“, aber für eine Selbstbeschränkung der Verwaltung und des Gemeinderats nach der Maßgabe: Was ist umsetzbar?

Der Haushaltsplanentwurf berücksichtigt das. Die eingestellten Projekte sind leistbar. Lassen Sie mich auf ein paar wesentliche eingehen.

Der Finanzhaushalt ist - wie auch in den Vorjahren - dadurch gekennzeichnet, dass zahlreiche Fortsetzungsmaßnahmen und „Pflichtaufgaben“, da denke ich beispielsweise an Brandschutzmaßnahmen, das Planwerk bestimmen. Bei den Investitionen sind das rund 21 Mio. €, an denen man nicht vorbeikommt.

Hinzu kommen noch zahlreiche Pauschalen und scheinbar, im Vergleich zum Gesamtvolumen, kleinere Beträge, die aber insgesamt gesehen auch einen ordentlichen Batzen im Haushaltsplan darstellen.

Diese Situation der Vorprägung des Haushaltsplans ist im Jahr 2022 noch etwas stärker zu spüren als in Vorjahren, weil einige richtig große Projekte am Laufen sind. Dazu gehören die Sanierung des Staufer Gymnasiums, der Umbau der Comenius-schule und vor allem das Projekt Kita, Wohnungen und Turnhalle mit Quartiersplatz in Waiblingen Süd. Die Vergabe der Arbeiten in der zurückliegenden Gemeinderats-sitzung hat uns vor Augen geführt, was es heißt, dass Baupreise steigen.

Dieses Projekt in Waiblingen Süd umfasst das bisher größte Investitionsvolumen seit 2006. Bisher wurde von Gesamtkosten in Höhe von 17,6 Mio. € ausgegangen. Zwischenzeitlich liegen wir bei 19,3 Mio. €. Die Mehrkosten resultieren auch aus dem Ziel, mehr für den Klimaschutz zu tun, weniger mit Beton zu bauen, mehr mit Holz. Klimaschutz gibt es nicht umsonst.

Hinzu kommen neue Projekte, die auf unserer gemeinsamen Wunschliste stehen. Dazu gehören - auch wie in den Vorjahren - Kita-Neubauten, wie die an der Schorndorfer Straße mit 4 Gruppen. Noch unklar ist, wie es gelingt, die „verlängerte Werkbank“ beim VfL hinzubekommen. Wichtig ist, dass die Kita für sich gut funktioniert, ebenso wie alle anderen Kitas, auch mit dem Bewegungsprofil, und ausreichend Räume dafür vorhanden sind.

Daher kann der VfL in Ruhe die richtige Entscheidung für sich treffen, um seine Vereinsinteressen umzusetzen. Wir, die Stadt, sind dabei an der Seite unserer Vereine. Die transparente Gleichbehandlung auf Grundlage unserer Vereinsförderrichtlinien hat dazu geführt, dass das gute Miteinander erhalten und gefestigt wurde.

Für weitere Kitas sind ebenso Mittel veranschlagt. Dazu gehören die Neu- und Interimsbauten in Hohenacker und Neustadt. An dieser Stelle muss ich kurz ins Detail gehen.

Eigentlich war vorgesehen, in beiden Ortschaften eine Interimskita zu errichten. In Neustadt für die Auslagerung der Kita Ringstraße und in Hohenacker bis zur Fertigstellung der Kita Rechbergstraße. Der Vorschlag lautet nun, in Hohenacker gleich dauerhaft zu bauen. Das kostet uns zwar rund ein Jahr, aber spart enorm. Geld und vor allem Rohstoffe und Ressourcen.

Daher wird vorgeschlagen, in Hohenacker im Bereich Rechbergstraße den dauerhaften Neubau anzugehen und vorzuziehen, und in Neustadt eine Interimskita zu schaffen, die für beide Ortschaften nutzbar ist. Wir sind eine Stadt. Nur lokale Lösungen sollten nicht angegangen werden, wie auch in der Vergangenheit nicht.

Blicken wir auf ein anderes Mega-Thema. Auch im Wohnungsbau tun wir richtig viel. Die Investitionen dafür sind nur insoweit im kommunalen Haushaltsplan ausgewiesen, als es sich um kommunale Bauvorhaben handelt. Dazu gehören die 18 Wohnungen in Waiblingen Süd. Das Neubauvorhaben in der „unteren“ Winnender Straße mit 9 Wohnungen wird von der Bürgerstiftung finanziert.

Die Spende der Eva Mayr-Stihl Stiftung, mit 4 Mio. € die bisher größte Einzelspende an die Stadt, für die rund 30 Wohnungen in der Schorndorfer Straße, wird zu gegebener Zeit im Haushaltsplan abgebildet. Die Investitionen selbst sind im Wirtschaftsplan der Wohnungsgesellschaft verankert. Das gilt auch für die 11 Wohnungen, die von unserer Wohnungsgesellschaft in Berg-Bürg gebaut werden. Damit gehen insgesamt knapp 70 Wohnungen an den Start. Und da sind die Wohnungen, die auf dem Balaton-Areal gebaut werden, noch nicht eingerechnet.

Auch für unsere Feuerwehr finden sich Mittel eingestellt. Der Um- und Ausbau der Feuerwehrhäuser in den Ortschaften geht weiter. Hohenacker wurde fertig, Bittenfeld wird es nächstes Jahr. Wir alle hätten uns sicher gewünscht, dass es nun mit Hegnach weitergeht. Die Platzverhältnisse lassen das jedoch nicht zu. Ein geeignetes Grundstück zu finden, muss nun oberste Priorität haben, damit wir dem Ehrenamt, wie bisher auch, nicht nur die notwendige Ausrüstung, sondern auch die räumliche Unterbringung gewähren, um zu einem sicheren Dienst beizutragen.

Die Raum- und Platzverhältnisse beschäftigen uns auch in der Kernstadt. Es wäre mir sehr recht gewesen, wenn wir nicht nur eine weitere Planungsrate, sondern eine Baurate für das Feuerwehrhaus in der Kernstadt hätten veranschlagen können. Leider ist es noch nicht so weit.

Der Bau der Integrierten Leitstelle und des DRK-Kreisverbands gegenüber der Rundsporthalle ist in der planerischen Vorbereitung. Bis es aber soweit ist, wird es noch etwas dauern. Erst dann kann der Bereich des DRKs in der Henri-Dunant-Straße mit Teilen des Technischen Betriebshofs neu geordnet werden, um dort ein neues Feuerwehrhaus für die Kernstadt bauen zu können.

Aber wir investieren nicht nur in Stein und Holz, sondern auch in Technologie. Mit der Einführung eines Dokumentenmanagementsystems gehen wir einen weiteren Schritt der Digitalisierung. Waiblingen ist Vorreiter bei der Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes. Nun gilt es aber auch, noch mehr Prozesse innerhalb der Verwaltung digital abzubilden, denn es hilft nichts, wenn die Bürgerschaft den Antrag elektronisch einreicht, und dieser dann ausgedruckt, in Papierform, bearbeitet wird.

Vorlagen wurden schon immer elektronisch erstellt. Der Workflow, der sich allerdings hinter dem, was Sie auf Ihren iPads sehen, verbirgt, wird nun medienbruchfrei als End2End Digitalisierung abgebildet.

Solche Prozessumstellungen kosten zunächst Geld und personellen Einsatz. Die Digitalisierung der Gremienarbeit wurde ohne weiteres Personal bewältigt. Anders sieht es bei der Einführung des Dokumentenmanagementsystems und bei der Digitalisierung der Schulen aus. Das sehen Sie im Stellenplanentwurf, womit wir beim Ergebnishaushalt angelangt sind.

Mit insgesamt rund 37,5 Stellen wird einerseits dem gestiegenen Aufgabenvolumen Rechnung getragen, andererseits richtet sich die Verwaltung auf die Bewältigung der Herausforderungen der Gegenwart aus.

Zum gestiegenen Aufgabenvolumen gehört das Personal für neue Kitas, für komplexere Verfahren in der Stadtentwicklung oder mehr Bauprojekte und höhere Anforderungen an die Verwaltung in allen Bereichen.

Ebenso erfordern die gesellschaftlichen Mega-Themen eine Ausrichtung der Verwaltung darauf, obwohl wir in diesen Bereichen schon bisher viel geleistet haben. Mit der

Einstellung eines Klimaschutzmanagers und einer Beauftragten für eine klimaneutrale Stadtverwaltung wollen wir unsere erfolgreiche Arbeit, die unter anderem zum European Energy Award in Gold und zu zwei CO₂-neutralen Baugebieten führte, intensivieren.

Der Einwohnerantrag, dass sich der Gemeinderat der Frage widmet, „soll und wie kann Waiblingen bis 2035 klimaneutral werden“, wird im folgenden Tagesordnungspunkt dem Gremium positiv zur Beschlussfassung empfohlen. Doch allein mit der Beschlussfassung, „es werden zu wollen“, ist es nicht getan.

Wir brauchen alle im Boot, und wir brauchen ein Netzwerk in die Bürgerschaft, und diese Themen müssen Chefsache sein. Daher wird vorgeschlagen, die Kompetenz zu bündeln in einem Referat „Klimaschutz, Nachhaltige Stadtentwicklung und Mobilität“, das direkt dem OB zugeordnet ist.

Um auch das Gremium auf diese Herausforderung auszurichten, und aufgrund dessen, dass wir nicht nur als Stadt allein gefragt sind, sondern auch andere Akteure, wird vorgeschlagen, einen eigenen beratenden Ausschuss zu bilden, der sich diesen Themen widmet und aus Mitgliedern des Gemeinderats und mit weiteren Externen besetzt ist.

Auch die Bürgerbeteiligungsprozesse bringen einen höheren Personalaufwand mit sich. Auf der Liste der Bürgerbeteiligungsprozesse befinden sich aktuell sechs Themen. Das ist nicht ohne und will alles organisiert und bewältigt werden. Die fachliche Begleitung muss durch den jeweils betroffenen Fachbereich erfolgen, zusätzlich zu den ohnehin vorhandenen Aufgaben. Da wird es auch schwer eine Entlastung geben können, weil es keine „zentrale inhaltliche Bearbeitungsstelle für Bürgerbeteiligung“ geben kann.

Das Spektrum ist einfach viel zu breit - vom Bebauungsplan bis zum Tiefbau, und es kann auch andere Bereiche betreffen. Zur organisatorischen und formalen Begleitung, wozu beispielsweise der Internetauftritt und Öffentlichkeitsarbeit gehören, wird vorgeschlagen, eine Stelle auszuweisen.

Mit den neuen Stellen werden wir dem Zuwachs an Aufgaben gerecht und reagieren auf Erfordernisse in wichtigen Bereichen. Wir sind aber auch sonst gut aufgestellt. Die Stellen für das Covid-Team werden noch gebraucht. Der Arbeitsanfall hat sich in Bezug auf die Quarantänefälle zahlenmäßig reduziert, nachdem weniger Personen in Quarantäne geschickt werden müssen. Gleichzeitig sind Infektionsfälle vorhanden, und die Bearbeitung geht vom Massengeschäft hin zum beratungsintensiven Individualfall.

Wir sind auch dafür - Dank der vorausschauenden Beschlussfassung des Gemeinderats vor rund einem Jahr - gut gerüstet. Dennoch sind es Stellen, die hoffentlich nicht auf Dauer notwendig werden. Daher haben manche aus dem Team bereits verwaltungsintern gewechselt. Bei Bedarf können sie wieder dem Covid-Team zugeordnet werden, was uns hohe Flexibilität sichert und die Kompetenz im Haus lässt.

Wir konnten die Stadt bisher gut durch die Krise bringen. Dies gelang durch rasches und zielorientiertes Handeln. Es wurde getan, was zu tun war, und es wurden die Dinge bereitgestellt, die gebraucht wurden.

Dazu gehört auch ein umfangreiches Testangebot, und aktuell die Überprüfung von positiven Antigentests für die Kitas und Schulen mit schnellen PCR Tests von Bosch. Dafür wurden wir zu einem Modellprojekt des Landes. Es trägt zu einem reibungslosen und sicheren Unterricht und Kitabesuch bei.

Die Pandemie hat die Stadt seit März 2020 insgesamt gut 5,4 Mio. € gekostet - und da sind die Zuschüsse und Kostenersätze bereits abgezogen. Dieser Betrag resultiert aus Mehrausgaben an Sachkosten, wie Masken, Plexiglasscheiben, Raummieten, Homeoffice, CO2-Ampeln, Einwegmaterialien, und Wenigereinnahmen in vielen Bereichen. Die Personalkosten machen nur einen relativ geringen Teil aus.

Lassen Sie uns noch einen Blick auf den Haushaltsplan insgesamt werfen. Der Planentwurf ist genehmigungsfähig. Er weist zwar ein negatives ordentliches Ergebnis von rund 6,1 Mio. € aus, aber es gelingt uns - wenn alles so eintritt, wie geplant und erhofft - trotz der deutlich gestiegenen Ausgaben in vielen Bereichen, einen Teil der Abschreibungen, rund 2,5 Mio. €, zu erwirtschaften. Das gelingt nicht vielen Kommunen.

Es werden keine Erhöhungen der Steuern vorgeschlagen. Es ist uns gemeinsam gelungen, die Hebesätze der Grundsteuer seit 2010 und der Gewerbesteuer seit 2011 unverändert zu belassen.

Dennoch sei darauf hingewiesen, dass auch dies kein Selbstläufer ist. Das alles konnten wir erreichen, durch eine gemeinsame vorausschauende generationengerechte Politik, welche den Standort Waiblingen positiv prägt. Dafür habe ich den Gemeinderat in den zurückliegenden Jahren stets geschätzt.

Ich danke der gesamten Verwaltung und insbesondere Herrn Ozan und seinem Team, allen voran Frau Layer und Frau Agonafer, für die Aufstellung des Plans.

Besonders danke ich allen Steuer- und Gebührenzählern und allen, die zum Gelingen unseres Gemeinwesens beitragen.

Damit ist der Haushaltsplanentwurf 2022 eingebracht. Auf die Haushaltsreden der Fraktionen und Gruppierungen sowie auf das weitere Haushaltsplanverfahren freue ich mich und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.